



European Community Organisation of Socialist Youth

DIE WAHL ZUM PARLAMENT DER EUROPÄISCHEN UNION

Am 12. Juni 1994 werdet Ihr die Möglichkeit haben, Eure Abgeordneten zum Europäischen Parlament der (EP) zu wählen. Die Kompetenzen dieser demokratischen Institution sind durch den Vertrag über die Europäische Union (EU) erweitert worden, allerdings nicht in der Form, daß dadurch das Demokratiedefizit der EU behoben würde. Was das Europäische Parlament benötigt, ist eine starke Legitimation durch die Bevölkerung. Deshalb ist es unbedingt notwendig, bei dieser Europa-Wahl den Gang an die Wahlurnen zu machen:

Eure Stimme wird entscheidend sein und zu einem demokratischeren Europa beitragen!

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hat im vergangenen November in Brüssel ein Wahlmanifest verabschiedet. Es ist das erste vollständig integrierte europäische Wahlprogramm und wir fordern alle Wahlberechtigten auf, es zu lesen.

Die SPE ist diejenige politische Kraft, welche in der Lage ist, die dramatische Arbeitslosigkeitskrise durch neue europäische Vorschläge zu lösen, die die soziale Errungenschaften bewahren und auch den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Die SPE ist die politische Kraft, die den Willen hat, die Europäische Union zu einer wirklich demokratischen Union zu machen: zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger.

**Für eine wirklich soziale und demokratische Europäische Union:
Wählt SPE!**

In Ergänzung zum SPE Manifest hat ECOSY, die Organisation der europäischen Jungsozialistinnen, eine Reihe weiterer jugendpolitischer Forderungen entwickelt.

Jugendliche sind Europas Zukunft, und Europa heißt die Zukunft der Jugendlichen. Beider Schicksale sind unlösbar miteinander verbunden.

Ein fortschrittliches und zusammenwachsendes Europa setzt voraus, daß Jugendliche lernen, miteinander zu leben und an der Gestaltung Europas mitzuwirken.

Aber junge Menschen sind oft die gesellschaftlich Schwächsten und daher leiden sie am meisten unter der derzeitigen Wirtschaftskrise. Die Unmöglichkeit, eine Ausbildung zu finanzieren oder einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, kann schnell zu sozialer Ausgrenzung führen. Wenn junge Menschen sich nicht in die Gesellschaft integriert fühlen, dann ist sowohl der soziale Zusammenhalt als auch Europas Zukunft in Gefahr.

Die Regierungen tragen ein großes Maß an Verantwortung zur Sicherung des Wohlergehens der Jugendlichen: Auf lange Sicht kann die Europäische Union nur mit Hilfe einer aktiven Teilhabe junger Menschen überleben.

In Übereinstimmung mit dem im Maastrichter Vertrag ausgearbeiteten Subsidiaritätsprinzip sollten sich alle entscheidungsbefugten Ebenen die jugendpolitischen Verantwortlichkeiten teilen. (Vom Stadtrat für Belange der Grundschulen bis hin zur Europäischen Union in Fragen der Jugendmobilität.) Jedoch darf dies nicht zum Anlaß genommen werden, Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen nur auf andere Stellen abzuschieben.

Viele wichtige Schritte sind - zumeist auf Druck des Europäischen Parlamentes und speziell der sozialistischen Abgeordneten hin - eingeleitet worden, um die Jugendpolitik in den Kompetenzbereich der EU sinnvoll einzugliedern.

Solche Schritte sind:

- Die Einrichtung des Jugend-Forums der EU, welches sowohl Europäische Jugendorganisationen als auch die nationalen Jugendräte zusammenführt, um die Ansichten Jugendlicher in die Jugendpolitik der EU einzubringen;
- die Anerkennung des EP der Notwendigkeit einer global angelegten Jugendpolitik (Vecchi-Bericht 1991);
- die Anerkennung der Wichtigkeit von Jugendpolitik durch die Einführung eines vollständigen Kompetenzbereiches "Jugend" bei einem EU-Kommissar;
- die Erwähnung von Jugend und der wichtigsten Jugendaustauschprogramme im Maastrichter Vertrag.

ECOSY ist der Auffassung, daß es einen großen Bedarf für eine globale europäische Jugendpolitik gibt, die eng mit anderen Feldern, etwa mit den Bereichen Bildung, Soziales und Umwelt, verknüpft ist, da jugendliche auch von Entscheidungen aus diesen Politikfeldern berührt werden.

Selbstverständlich kann die EU nicht aller Probleme Lösung sein, aber sie könnte eine Übereinkunft über einen Rahmen von bestimmten Mindeststandards für jugendliche auf europäischem Niveau treffen. Obwohl die Umsetzung solcher Maßstäbe in der Verantwortung der nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten läge, fordern wir das EP auf, eine Jugend-Charta im Laufe der kommenden Legislaturperiode zu verabschieden, und fordern Euch daher auf, eine sozialistische Mehrheit ins Parlament zu wählen, um diesen Prozeß effektiv ins Rollen zu bringen.

MITBESTIMMUNG ALLER IN DER GESELLSCHAFT

Das Europa, das wir wollen, ist ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa von und für Menschen. Mitbestimmung ist ein Schlüsselement für den Aufbau eines solchen Europas. Wenn dieses kollektive Projekt gelingen soll, ist die Beteiligung aller notwendig. Jeder Einzelne sollte sich gebraucht fühlen, sollte fühlen, daß er oder sie zu dieser neuen Gesellschaft beiträgt.

Aber die Arbeitslosigkeit wächst stetig und schließt jeden Tag mehr Menschen aus, insbesondere jüngere und Frauen. Sie sind die ersten Opfer der heutigen Arbeitsweise und der Arbeitsmarktkrise. Um der Arbeitslosigkeit zu entkommen, sind sie gezwungen, immer wieder aufs Neue Umschulungen, Hilfsarbeiten, Teilzeitarbeiten oder befristete Verträge von geringem sozialen Ansehen und Einkommen anzunehmen.

Bis jetzt war kein Politikkonzept in der Lage, diese Verschärfung und Zerstörung des Arbeitsmarktes aufzufangen. Zwar findet Arbeitsteilung heute statt, allerdings zwischen denen mit Arbeitsplatz und jenen ohne.

Die Ersteren leben in der Furcht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und sind zu gleichförmigen und entfremdenden Beschäftigungen, die sie um ihre Freizeit bringen, gezwungen, während die Letzteren zur Passivität, die hier gleichbedeutend ist mit sozialer Ausgrenzung und Armut, verdammt sind. Diese dauerhafte Schiefelage bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaften ernsthaft.

Diese strukturelle Arbeitsmarktkrise und die immer größer werdende Zahl von ausgegrenzten Menschen, die sie nach sich zieht, bedeutet hingegen nicht, daß der produzierte Wohlstand als solcher abnimmt. Im Gegenteil, die ständig wachsende Produktivität hat die Ausmaße des produzierten Wohlstandes noch vergrößert. Daraus wird deutlich, daß Wohlstand immer ungleicher verteilt wird.

Dies wird auch durch die archaische Analyse des Liberalismus, die davon ausgeht, daß eine Anhebung des Lebensstandards der Privilegierten automatisch einen verbesserten Lebensstandard aller nach sich zieht, bedingt.

Aber die Herausforderung von heute besteht in umverteilenden Politikkonzepten, um die Sozialleistungen, ökonomische Effizienz und Mitbestimmungsrechte aller in der Gesellschaft zu erlangen.

Eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Aufgaben ist notwendig. Ein größerer Anteil der Bevölkerung muß Zugang zu qualifizierten, kreativen und verantwortungsvollen beruflichen Positionen haben.

Arbeit sollte nicht zwischen Jobinhaberinnen und Arbeitslosen geteilt werden, sondern - auf die gesamte Lebenszeit verteilt - zwischen allen.

Dies bedeutet eine Arbeitszeitverkürzung nicht nur um einige Stunden pro Woche, sondern eine bessere Verteilung der Arbeit auf die Lebenszeit. Arbeit muß notwendigerweise mit anderen sinnvollen sozialen Tätigkeiten, wie etwa kontinuierliche Weiterbildung, Freizeitunternehmungen, freiwillige soziale Arbeiten, Haus- und Familienarbeiten, kulturelle, soziale, politische und gewerkschaftliche Aktivitäten verbunden werden. Dieser Bereich sollte genauso respektiert und anerkannt werden wie der klassische Arbeitsbereich.

Die Reduzierung der Arbeitszeit findet im normalen Rahmen des technologischen Fortschrittes und des produzierten Wohlstandes, den dieser verursacht, statt.

Sie wurde bisher mit mehr oder weniger Leichtigkeit, sozialen Umwälzungen und Zeit erreicht. Sinnvoll ist sie allerdings nur, wenn sie als Teil einer globalen Politik der Wohlstandsneuverteilung begriffen wird. Sie sollte weder als willkommener Anlaß zu Lohnkürzungen, noch als Arbeitslosigkeitsdrohung dienen.

Die bessere Verteilung der Produktivitätsgewinne und des produzierten Wohlstandes wird die Beschäftigung von mehr Menschen ermöglichen, ohne ihr Realeinkommen insgesamt zu senken. Staatliche Förderung muß dann nicht benutzt werden, um Menschen in ihrem Überleben abzusichern, sondern für die Unterstützung neuartiger Beschäfti-

gungsformen verwendet werden.

Eine bessere Aufgaben- und Wohlstandsverteilung wird unzweifelhaft positive Auswirkungen auf die Stimmungslage in der Gesellschaft haben und würde helfen, allen Bürgerinnen das Gefühl zu vermitteln, bei der Konstruktion Europas beteiligt zu sein. Eines Europas, für das es sich zu kämpfen lohnt, eines Europas, das nicht nur ein vages Konzept auf dem Papier ist.

SOZIALE RECHTE IM BILDUNGSWESEN

1. Das Recht auf Bildung

Bildung ist eines der zentralen Mittel zur Verwirklichung von Chancengleichheit. Kostenfreie und qualitativ gute Bildung sollte für alle jungen Menschen auf allen Ebenen, inklusive der universitären, erreichbar sein.

Bildung sollte das Ziel haben, die Menschen auf die Gesellschaft vorzubereiten ohne sie in ihrer Wahl der Fächer oder des Schul/Studien-niveaus zu beeinträchtigen.

Geschlecht, Nationalität, ethnische Herkunft, Sprache, politische Überzeugung, sexuelle Orientierung, körperliche Fähigkeiten, Religion oder Alter dürfen kein Hindernis beim Bildungszugang sein.

2. Das Recht auf Unabhängigkeit

Um Chancengleichheit sowohl gesamtgesellschaftlich als auch gegenüber der Familie und im persönlichen Umfeld sicherzustellen, sollte ein angemessener Mindestlebensstandard für Schülerinnen und Schüler, sowie Studentinnen und Studenten garantiert werden.

3. Das Recht auf Meinungsfreiheit

Alle Studierenden sowie SchülerInnen sollten daß Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern, (politische) Aktivitäten zu organisieren und zu streiken oder zu protestieren, wenn sie in ihren Rechten verletzt werden. Dies sollte keinerlei Auswirkungen auf ihre objektive Beurteilung, ihre individuelle oder kollektive Sicherheit und Integrität haben. Schülerinnen und Studentinnen sollten darüber hinaus das Recht haben, sich in Vereinigungen oder Gewerkschaften zu organisieren.

4. Das Recht auf schulische /universitäre Mitbestimmung

In allen Verwaltungs- und Bildungsstrukturen sollten SchülerInnen und Studentinnen angemessen vertreten sein. Alle Studierenden sollten das Recht auf Mitbestimmung und -gestaltung der universitären Bildungseinrichtungen haben. Dieses Recht sollte durch demokratisch gewählte VertreterInnen der Studierenden wahrgenommen werden.

5. Die europäische und demokratische Bildungsdimension

Bildung und Erziehung sind gewöhnlich der erste Kontakt junger Menschen mit der Gesellschaft. Es ist der Ort, an dem sie etwas über ihre Mitmenschen, das politische System usw. lernen. Die europäische Dimension sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt in das Schulsystem eingeführt werden, so daß junge Menschen schnell mit anderen europäischen Kulturen und europäischen Einrichtungen vertraut werden. Dieser Prozeß ist Voraussetzung, um die europäische StaatsbürgerInnenschaft voranzubringen.

Elemente dieser europäischen und demokratischen Dimension sollten sein:

- die Heranführung an und die Erziehung zur Demokratie durch das Studium ihrer politischen, staatsbürgerlichen, sozialen und philosophischen Elemente;
- gemeinsame europäische Kurse, um SchülerInnen zum Interkulturellen Lernen zu befähigen sowie im Umgang mit europäischen Einrichtungen vertraut zu machen;
- das Einsetzen des Fremdsprachenunterrichtes mit der Einschulung. Alle Schulabgängerinnen sollten gute Kenntnisse mindestens zweier Fremdsprachen besitzen;
- Fortsetzung und Ausbau von SchülerInnenaustauschmaßnahmen, wie etwa das "European School Students Exchange"- Programm (ESSE);
- Ausweitung universitärer Austauschprogramme (ERASMUS, COMMETT, TEMPUS) und ein erleichterter Zugang zu diesen Programmen, insbesondere für die weniger Privilegierten;
- ein standardisiertes europäisches Förderprogramm, um Studierende in die Lage zu versetzen, einen Teil ihrer Studien im Ausland zu absolvieren;
- die EU-weite Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen.

SOZIALE RECHTE IM ARBEITSBEREICH

Junge Menschen, die das erste Mal auf Arbeitsuche sind, gehören zu den verletzbarsten Gruppen; spezifische Maßnahmen sollten daher zum Schutz ihrer Rechte und zur Steigerung ihrer Arbeitsmarktchancen ergriffen werden.

ECOSY schlägt folgende Maßnahmen vor:

4.1. **Besondere Hilfe bei der ersten Arbeitsuche**

- spezielle Programme der Arbeitsämter für Jugendliche, um sie auf ihre Arbeitsuche vorzubereiten, die auch Übungen für Bewerbungsgespräche und das Schreiben von Bewerbungen etc. beinhalten, -
- eine Erhöhung des Strukturmittelfonds um die Position junger Menschen auf de Arbeitsmarkt zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse können Jugendlichen die Möglichkeit geben, berufliche Erfahrungen zu sammeln und ihre finanzielle Situation zu verbessern. Das ständige Verlängern von Zeitverträgen soll hingegen zugunsten einer Umwandlung solcher Verträge in unbefristete Verträge vermieden werden;
- die Förderung von Eigeninitiative und Kreativität Jugendlicher, die ihnen helfen, Unternehmen aufzubauen und sie ermutigen, mit anderen zusammenzuarbeiten.

4.2. **Kontinuierliche Weiterbildung**

- Kontinuierliche Weiterbildung sollte unterstützt werden, zu ihr sollte ermutigt werden. Weiterbildung ermöglicht es, ständig in Kontakt mit

neuen Arbeitsmethoden zu stehen und bereits vorhandene Kenntnisse wieder aufzufrischen.

- Betriebe sollten Weiterbildungsprogramme, insbesondere solche für weniger qualifizierte MitarbeiterInnen, unterstützen;
- alle ArbeitnehmerInnen sollten das Recht haben, mindestens 5% ihrer Arbeitszeit auf bezahlte Weiterbildung zu verwenden;
- alle Arbeitslosen sollten das Recht haben, regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

4.3. Förderung der Mobilität in Europa

Wir fordern:

- eine Aufstockung der Mittel für Austauschmaßnahmen für junge ArbeitnehmerInnen, Auszubildende und junge Arbeitslose;
- eine bessere Information über Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen EU-Ländern.

4.4. Gleiche soziale Rechte für alle Jugendlichen

Wir fordern:

- gleichen Lohn und gleiche Sozialleistungen für gleiche Arbeit;
- Lohn- und Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können (kostenlose Kinderbetreuungsmöglichkeiten, etc.);
- eine generelle Anpassung der Mindestlöhne, um den Abstand zwischen höherem und niedrigerem Einkommen zu verringern;
- Unser Ziel ist die Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren; während dieser Zeit ist eine regelmäßige Beschäftigung zu verbieten. Desweiteren

muß die illegale Beschäftigung und jedwede Art der Ausbeutung Jugendlicher verboten werden;

- eine angemessene soziale Absicherung und Krankenversicherung für alle;
- Die gleiche, angemessene Arbeitslosenunterstützung für alle, auch für diejenigen, die in noch keinen Beschäftigungsverhältnis standen;
- Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen muß in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens garantiert sein, ebenso wie eine verbesserte Vertretung der Auszubildenden in den Betriebsräten.

VORWÄRTS ZU EINER SOZIALEN GESELLSCHAFT.

§.1. Wohnen

Das Recht auf Wohnen ist eines der elementarsten Rechte. Jugendliche sollten das Recht auf eine annehmbare Wohnung haben. Effiziente Politikkonzepte im sozialen Wohnungsbau sind gefordert, um preisgünstige Wohnmöglichkeiten für die weniger Privilegierten zu eröffnen. Maßnahmen in diesem Bereich sollten folgende Punkte mit einschließen:

- den Ausbau von Studentinnenwohnheimen und die Renovierung bereits vorhandener;
- eine Erweiterung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit einkommensabhängigen Mieten, insbesondere bei kleineren Wohnungen mit einer Jugendvergabequote ;
- einfachere Zugangsmöglichkeiten zu Privatwohnungen für Jugendliche durch Bürgschaften sozialer Einrichtungen und örtlicher Behörden ;
- eine Förderung von Wohngemeinschaften, da diese den Vorteil haben, mehrere Jugendliche in ansonsten unterbelegten Wohnungen ohne Mehrkosten unterzubringen ;
- eine Ausweitung der JungarbeitnehmerInnenwohnheime als ein Mittel der sozialen Integration für Menschen, die das erste Mal auf Arbeitsuche sind und dabei Hilfe sowie Unterstützung bei der Suche nach einer dauerhaften Unterkunft benötigen ;
- die verstärkte Auszahlung von Wohngeld an alle jungen Haushalte ungeachtet ihrer Situation (ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Studierende).

§.2. Gesundheit

Eine angemessene medizinische Betreuung sollte für alle jugendlichen ungeachtet ihrer finanziellen und gesundheitlichen Situation gewährleistet sein. Eine qualitativ gute öffentliche Krankenversicherung mit geringen Eigenbeiträgen sollte daher allen ohne Kopplung an ein Beschäftigungsverhältnis zugänglich sein.

Gesundheitserziehung sollte ein integraler Bestandteil der schulischen Bildung sein. Diese sollte eine beständige, aktive aber klare AIDS-Informationen-kampagne, Informationen über Verhütung und Abtreibung, Sexualerziehung sowie Informationen über die Risiken von Alkohol, Tabak und anderer Drogen mit einschließen.

Verhütung und Abtreibung sollten europaweit sowohl legal als auch kostenfrei sein.

Drogenabhängige sollten als Opfer und nicht als Kriminelle angesehen werden. Drogenpolitik sollte auf eine Zerschlagung von Drogenkartellen und die Bestrafung von Dealern orientieren. Der Drogenkonsum sollte unter öffentlicher medizinischer Kontrolle toleriert werden.

Das AIDS-Virus greift um sich. Aktionen auf EU-Ebene müssen schnell organisiert werden. Die EU muß eine Informations- und Aufklärungskampagne starten sowie alle in diesem Sinne tätigen Organisationen unterstützen.

HIV-Positive dürfen nicht diskriminiert werden, wir wenden uns gegen Zwangstests. Die Geheimhaltung etwaiger Testergebnisse muß mit allen Mitteln sichergestellt werden. Weiterführende Forschung nach möglichen medizinischen Lösungen für AIDS muß gefördert werden.

§.3. Lebensqualität

Auch eine gesunde Umwelt trägt zu mehr Lebensqualität bei. Die Menschen müssen sich in ihrem Umfeld wohl fühlen können. Eine harmonische Stadtplanung ist notwendig: Neue Gebäude sollten

Grünflächen, gemeinschaftlich nutzbare Flächen mit einschließen sowie Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Lärmschutz berücksichtigen.

Bereits vorhandene Stadtentwicklungspläne sollten zugunsten humanerer Städte mit einem besseren Ausgleich zwischen Innenstädten und Vorstädten, zwischen Industrie- und Wohnorten überarbeitet werden. Eine größerer Nähe zwischen Wohn- und Arbeitsort würde den Pendelverkehr einschränken und daher bessere Lebensbedingungen und auch weniger Umweltverschmutzung bedeuten.

In ländlichen Gebieten ist es von großer Bedeutung, daß wieder mehr Leben in diese Regionen Einzug erhält und der Landflucht insbesondere junger Menschen vorgebeugt wird.

Bei all diesen Maßnahmen sollte dem Umweltaspekt Rechnung getragen werden. Eine umweltverträgliche Entwicklung ist eine notwendige Anforderung für eine europäische Politik.

4. Demokratie und Lebensstandard

Jugendliche sollen das Recht auf eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft haben. Dies bedeutet auch, daß ihnen alle Informationsmöglichkeiten offenstehen müssen und sie das Recht auf Beteiligung an Entscheidungen sowie Interessenvertretung haben.

ECOSY setzt sich für die Einrichtung eines europäischen Rechtsinformationszentrums für jugendliche ein. Aufgabe dieses Zentrums ist die Information über Europäisches und nationales Recht sowie kostenloser Rechtsbeistand und Rechtsberatung.

Es ist wichtig, daß jugendliche an der sie betreffenden Politik beteiligt werden. Sie sollten aktive Partnerinnen aller entscheidungstreffenden Instanzen, von der örtlichen bis zur internationalen, sein. Den nationalen Jugendräten (z. B. das DNK in der Bundesrepublik) sollten größere Kompetenzen in ihren Beziehungen zu den nationalen Regierungen zugestanden werden.

Bei der Integration jugendlicher in die Gesellschaft kann der ehrenamtliche

Sektor sehr hilfreich sein. Durch ehrenamtliche Jugendarbeit kann die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft erfahr- und gestaltbar werden. Allerdings darf diese freiwillige Jugendarbeit öffentliche Anstrengungen im Jugend- und Sozialbereich nicht ersetzen. ECOSY drängt daher auf die Weiterentwicklung und Intensivierung finanzieller und technischer Unterstützung von Jugend-clubs, Vereinen sowie weiteren Treffpunkten für jugendliche auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Jede und jeder soll über einen gesicherten Mindestlebensstandard verfügen. Zu diesem Zweck streben wir langfristig die Einrichtung einer europäischen Mindestsicherung an, die den durchschnittlichen Mindestbedarf abdeckt, um an der Gesellschaft teilzuhaben, und die nationalen Sozialhilfesysteme ersetzen würde.

5. Militärdienst und Verweigerung aus Gewissensgründen

Jugendliche, die sich mit einem Militärdienst konfrontiert sehen, sollen das Recht auf eine Verweigerung aus Gewissensgründen haben. Ein Zivildienst von gleicher Dauer sollte als Alternative vorgesehen sein. Kriegsdienstverweigerern soll die Möglichkeit eröffnet werden, ernsthafte und verantwortungsvolle Tätigkeiten entweder im öffentlichen oder im Non-Profit-Sektor auszuüben.

Menschen, die Militärdienst absolvieren, sollen mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen Bürgerinnen ausgestattet sein. Deshalb sollen sie die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ins Ausland zu reisen und, wie alle anderen ArbeitnehmerInnen, sich weiterzubilden. Insbesondere sollen sie das Recht haben, organisiert ihre Interessen zu vertreten und an den Entscheidungen, die den Militärdienst betreffen, teilzuhaben.

6. Bekämpfung von Diskriminierungen

Um die Diskriminierungen von Minderheiten und anderen schwächeren Gruppen zu bekämpfen und das Recht auf Individualität zu verteidigen, muß eine aktive Antidiskriminierungspolitik initiiert werden. Die Gleich-

berechtigung der Geschlechter muß ausgebaut werden. Für junge Frauen sind sowohl die beruflichen Karrierechancen als auch die Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik, etc.) geringer als für Männer. Eine positive Diskriminierung ist ein sinnvolles Instrument, um dies auszugleichen.

Unkonventionelle Beziehungen sollten durch Gesetz anerkannt und gleiche Rechte wie Verheirateten zuerkannt werden.

Um die gesellschaftliche Mitwirkung von Immigrantinnen und ethnischen Minderheiten zu erleichtern, müssen sie die gleichen Rechte und Pflichten ungeachtet ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Religion oder Nationalität in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, Recht und soziale Sicherung erhalten.

Immigrantinnen die länger als fünf Jahre legal in einem EU-Mitgliedsland gelebt haben, sollen das aktive und passive Wahlrecht haben. Ebenso sollen die Einbürgerungsverfahren erleichtert werden.

Behinderte, ob körperlich oder geistig, soll ein kostenfreier Zugang zu den Dienstleistungen der modernen Gesellschaft garantiert werden, um ihre Integration in Arbeit, Bildung und Ausbildung, Freizeit sowie anderen sozialen Aktivitäten zu erreichen.

JUNGE BÜRGERINNEN EUROPAS VEREINIGT EUCH!

Mobilität und interkulturelles Lernen in Europa sind zentrale Elemente einer europäischen StaatsbürgerInnenschaft. Wenn die europäische Integration ein Erfolg sein soll, müssen die künftig zusammenarbeitenden Generationen einander kennenlernen und die noch existierenden kulturellen Hindernisse zwischen ihnen überwinden.

Die StaatsbürgerInnenschaft muß an Demokratie und Information gebunden werden, so daß alle Europäerinnen sich als Teil der Europäischen Integration begreifen und merken, daß es wirklich ihr Europa ist.

6.1 Mobilität

Mobilität ist immer einer der Eckpfeiler EU-weiter Jugendpolitik gewesen. Austauschprogramme sind in folgenden Feldern entwickelt worden:

Zunächst die Bildungs- und Berufsaustauschprogramme wie z. B. ERASMUS, COMETT oder PETRA, die jungen Europäerinnen die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches geben. Obwohl diese Programme recht erfolgreich sind, macht nur ein geringer Teil von jugendlichen von ihnen Gebrauch.

ECOSY plädiert daher für eine Vertiefung der Programme und eine Ausweitung auf alle europäischen Länder, um allen jugendlichen die gleichberechtigte Teilnahme zu ermöglichen.

Der zweite Mobilitäts-Typ kann insoweit als "Organisationsmobilität" beschrieben werden, als daß Jugendorganisationen selbst in ihrem jeweiligen Rahmen Austauschmaßnahmen mit vergleichbaren Organi-

sationen aus europäischen Ländern organisieren. Dies beinhaltet das "Jugend für Europa"-Programm und die vom Europäischen Parlament eingeführten bevorzugten Maßnahmen. Zahlreiche Anstrengungen sind unternommen worden, um diese Programme vielen jugendlichen zugänglich zu machen. Dennoch ist es erforderlich, sie durch eine bessere Informationspolitik, erweiterte Finanzmittel und eine Mittelverteilung, die den Bedürfnissen der Jugendorganisationen Rechnung trägt, wirklich allen Jugendlichen zugänglich zu machen.

Eine andere Art von Mobilität ist die individuelle, obwohl sie durch kein EU-Programm erfaßt wird. Reiseerleichterungen, Zugang zu kulturellen Aktivitäten, um die Möglichkeiten internationale Jugendbegegnungen auszuweiten, kennzeichnen diese Art von Mobilität. Hierfür sollte die Europäische Union in Zusammenarbeit mit dem Europarat eine gemeinsame Jugend-Tourismus-Politik entwickeln, die auf dem Prinzip des interkulturellen Lernen basiert und nicht auf Profit. Eine solche Politik schlosse ein:

- eine Europäische Jugendkarte mit Ermäßigung auf Transportmittel, Unterkunft und kulturelle Einrichtungen (kostenfreier Museumsbesuch, Ermäßigungen in Theatern, Konzerten oder Buchläden), Freizeiteinrichtungen und Sport. Diese Jugendkarte soll auch ein Mindestmaß an sozialer Absicherung im Ausland (im Krankheitsfall, Rückführung und Beistand, etc.) beinhalten.
- Europäische Datenbanken, die mit der Jugendkarte verknüpft Informationen über Reisehilfen, Zugänge zu Austauschmaßnahmen, Jugendorganisationen, Europäische Workshops und Veranstaltungen, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Ferien-Jobs und andere hilfreiche Informationen über Jugend-Aktivitäten beinhalten soll.
- eine moderne, effiziente und bezahlbare Inter-Rail-Card, die Jugendlichen die Möglichkeit gibt, kostenfrei auf dem ganzen Kontinent zu reisen oder darüber hinaus in einigen ausgewählten Ländern für einen geringeren Preis zu reisen;
- die Ausweitung von Unterkunftsmöglichkeiten für jugendliche in Jugendherbergen und anderen billigen Unterkünften.

2. Für eine aktive europäische Demokratie

Der Demokratisierungsprozess in der EU hat noch einen langen Weg vor sich: Ausgehend von der Idee der europäischen StaatsbürgerInnenschaft sollte die EU-Bevölkerung Möglichkeiten zur Information über die EU-Politik haben, um an dem Entscheidungsprozeß beteiligt zu sein. Zieht man den derzeitigen abgeschotteten Entscheidungsprozeß im Ministerrat und die Komplexität der EU-Kommission in Betracht, so ergibt sich ein klares Bedürfnis nach einer weiterführenden Demokratisierung, Öffnung und Transparenz.

Die legitimierten und demokratischen Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen zugunsten eines Machtausgleichs zwischen Parlament und Rat verstärkt werden. Der im Maastrichter Vertrag festgeschriebene Fortschritt ist bei weitem nicht ausreichend.

Es ist dringend erforderlich, die europäischen Bürgerinnen näher an die Entscheidungsinstanzen heran zu bringen. Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- die Einrichtung europäischer Beratungsausschüsse;
- das Recht auf die Einforderung einer Beratung eines Themas im Europäischen Parlament, wenn eine bestimmte Anzahl von Unterschriften aus verschiedenen Mitgliedsländern vorliegt;
- Einführung konsultativer europäischer Referenden.

Diese Maßnahmen sind nicht erschöpfend, aber sie sind erforderlich, damit Europa endlich für alle erreichbar ist.

Europäische Jugendorganisationen und andere Vereinigungen sind ein wichtiges Element eines demokratischen Europas der Bürgerinnen. Ihnen sollte ein legaler europäischer Status, eine offizielle Anerkennung sowie umfangreiche finanzielle Unterstützung zugesichert werden.

Bei der für 1996 geplanten Erarbeitung eines neuen EU-Vertrages sollen jugendpolitische Belange integraler Bestandteil aller Politikbereiche sein. Die Entwicklung einer schlüssigen Jugendpolitik sollen den Bedürfnissen

junger Menschen Rechnung tragen, die Verantwortung hierfür sollte der Europäischen Plattform der Jugendorganisationen, dem Jugend-Forum der EU, übertragen werden.

3. Information

Der Zugang zu Informationsquellen ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Mitwirkung. Wie bereits erwähnt, sind Jugendliche von allen Politikbereichen betroffen. Eine Datenbank sollte eingerichtet werden, um Jugendliche mit Informationen über für sie interessante Themen sowie über europäische Einrichtungen, Arbeitsrecht, Jugend-Austausch-Programme, Jugendorganisationen, Gesundheitsfragen, Sexualerziehung, Drogen und Anti-Rassismus-Arbeit zu versorgen.

Es sollte anerkannt werden, daß Jugendorganisationen eine wichtige Funktion bei der Information Jugendlicher über deren Möglichkeiten übernehmen.

4. Der internationale Aspekt

Unser Ziel ist es, die Chancen jugendlicher zu verbessern und ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern. In dieser Hinsicht sollten wir uns nicht auf den europäischen Kontext beschränken, sondern - soweit wie möglich - versuchen, unsere Ziele auf internationaler Ebene durchzusetzen, da Europa ein weltoffenes Europa sein muß.

Solidarität hört für uns nicht an der Grenze der EU auf und Jugendliche außerhalb Europas sollen Bildungs- und Arbeitschancen zur Sicherung eines vernünftigen Lebensstandards eröffnet bekommen. Die EU muß bereit sein, diese Ideen mit der nötigen finanziellen Unterstützung umzusetzen.

Eine neue Politik der internationalen Zusammenarbeit muß die Rechte Jugendlicher weltweit respektieren. In zuvielen Ländern müssen Kinder heute in zu jungem Alter arbeiten, existiert Kinderprostitution. Noch immer werden Kinder in den Krieg geschickt, werden jugendliche gefoltert und

gefangen gehalten oder sind sogar von der Todesstrafe bedroht. Die Respektierung der Menschenrechte muß daher ein strenges Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfe sein.

Um interkulturelles Lernen zu fördern und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, ist die Zusammenarbeit mit jugendlichen aus anderen Ländern von existentieller Bedeutung. Unter diesem Aspekt sollte die EU Informationskampagnen auf den Weg bringen, Möglichkeiten des Studierens oder Arbeitens in Europa für Drittstaaten-Bürgerinnen eröffnen und die Mobilitätsprogramme auf Nicht-EU-Mitgliedsländer ausweiten, um direkte Kontakte Jugendlicher und ihrer Organisationen weltweit zu ermöglichen.

EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT

Wir sind die erste Generation, die in einer neuen Weltordnung lebt. Daher haben wir eine große Verantwortung nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die folgenden. Wir müssen die Krise der Nationalstaaten und -politiken bewältigen und die Herausforderung, eine demokratische neue Weltordnung aufzubauen, annehmen.

Dieses Manifest und das der SPE sind erste Schritte. Europäische Sozialistinnen müssen eine wirkliche kulturelle Revolution beginnen, an dessen Ende ein neues gedankliches System entsteht, das der gesellschaftlichen Situation angemessen ist und ein globales Politikprojekt bedeutet, bei dem die Verteilung von Wohlstand, Solidarität, Soziale Gerechtigkeit und der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht nur durch Individuen, sondern eine

neue Art gemeinschaftlichen Handelns sichergestellt wird.

Wir lehnen deshalb alle Versuche ab, soziale und ökologische Fragen einer Politik allein der Reduzierung öffentlicher Ausgaben, Defizite und Inflation unterzuordnen. Wir wissen, daß eine derartige Politik die notwendigen Maßnahmen begrenzen wird, Lebensstandards in Europa auf dem höchstmöglichen Niveau anzupassen. Stattdessen fordern wir die Ausweitung der Verantwortung von Regierungen und letztlich der Europäischen Union gleiche Chancen für alle jungen Menschen in allen Europäischen Regionen herzustellen. Dies muß in den Kriterien für die Währungsunion und somit in jedem neuen Vertrag zur Europäischen Integration berücksichtigt werden. Es ist daher notwendig, daß die für 1996 vorgesehene Vertragsüberarbeitung einen neuen Pfad beschreitet.

Europa ist unsere Zukunft und auch unsere Gegenwart. Wir können nicht länger warten: die kommenden Jahre sind äußerst wichtig für neue internationale Beziehungen und die Position unserer Generation.

Wir müssen die handelnden Personen dieser schwierigen Zeit des Übergangs sein. Die Neue Linke, die wir wollen und für die wir streiten, ist europäisch und international. Unser gemeinsames Ziel ist die Erneuerung der traditionellen linken Kultur und ihre Anwendung auf die neuen Realitäten der Europäischen Integration sowie der Weltordnung. Nur zusammen werden wir eine gemeinsame Zukunft aufbauen: ein wirklich fortschrittliches, soziales Europa aller Bürgerinnen in einer gerechteren Welt.

Europa ist unsere Zukunft!

Ihr könnt den Unterschied ausmachen!

Wählt die Sozialdemokratische Partei Europas!